

**Rede des Vorsitzenden der CDU-Fraktion, Herbert Panofen,
zum Haushalt 2006 am 8.3.2006**

Es gilt das gesprochene Wort:

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

Deutschland hat sich verändert, seit Mai letzten Jahres haben wir in Nordrhein-Westfalen eine CDU/FDP Koalition und in Berlin bilden CDU und SPD unter der Kanzlerin Angela Merkel die Regierung.

Wir haben die Hoffnung, dass mit Ablösung der Regierung in Düsseldorf und Berlin auch die Unsitte beendet wird, den Kommunen durch immer neue Gesetze, Richtlinien und Verordnungen zusätzliche Aufgaben zu übertragen, ohne ausreichende Mittel für die Finanzierung zur Verfügung zu stellen.

Wir fordern die Einhaltung des Konnexitätsprinzips, also wer bestellt, bezahlt.

Fast die Hälfte aller Kommunen in Nordrhein-Westfalen steht unter Haushaltssicherung, Haushaltssicherung bedeutet nichts anderes als Bevormundung durch übergeordnete staatliche Stellen. Die Kommunen brauchen aber keine Bevormundung sondern Unterstützung und Hilfe zur Erfüllung ihrer Aufgaben.

Es ist müßig, heute darüber zu diskutieren ob Bund oder Land Schuld an dieser Misere haben, fest steht, dass die Kommunen eigene Anstrengungen unternehmen müssen, um die Verschuldung zu reduzieren.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, der Haushalt 2005 konnte lt. Plan nur ausgeglichen werden durch eine Entnahme aus der Rücklage in Höhe von 4,5 Mio €. Erfreulich ist, dass entgegen dem Ansatz die Gewerbesteuerereinnahmen gestiegen sind. Aus diesem Grunde ist eine Entnahme aus der Rücklage nur noch in Höhe von 1,4 Mio € erforderlich.

Anfang Mai 2004 wurden die Fraktionen von einer Finanzierungslücke von 4,7 Mio € für die Ortsumgehung informiert. Der Bürgermeister hat mit seinem Schreiben an die Fraktionsvorsitzenden vorgeschlagen, zur Finanzierung den Schuldendeckel anzuheben. Die CDU hat sich hier eindeutig positioniert und als erste gefordert, dass evtl. zu finanzierende Mehrkosten innerhalb des Budgets ausgeglichen werden müssen, der Schuldendeckel wird nicht angehoben.

Nach den ersten Veröffentlichungen wurden die Zahlen mehrfach verändert, nach Abzug der Landesmittel verbleiben zusätzlich zu finanzierende Kosten durch die Stadt von 2,3 Mio €.

Chaotisch war dann das Krisenmanagement, Zuständigkeiten wurden hin und her geschoben und vom Verwaltungsvorstand wurden immer neue und unterschiedliche Zahlen nachgereicht.

Die CDU-Fraktion erwartet, dass von Mitgliedern des Verwaltungsvorstandes zu einem Vorgang nicht unterschiedliche Zahlen genannt werden. Es kann nicht Aufgabe der Politik sein, zu entscheiden welche Zahl richtig ist. Ich verweise auf meine Ausführungen in der Ratssitzung im Juni zu diesem Thema, der Rat hat einen Anspruch darauf, von der Verwaltung eine klare Aussage zu erhalten. Ich fordere Sie, Herr Bürgermeister, erneut auf, nehmen Sie ihre Führungsaufgabe wahr.

Unabhängig davon, ob ein finanzieller Schaden entstanden ist, bleibt ein enormer Image-Schaden für die Stadt.

Erlauben Sie mir eine Bemerkung, was wäre passiert, wenn die Politik eine Maßnahme mit 2,3 Mio € beantragt und die Verwaltung aufgefordert hätte, innerhalb des Schuldendeckels eine Finanzierung vorzulegen? Ich glaube wir kennen die Antwort.

Wir wissen, dass mit Fertigstellung der West- und Ostumgehung die Ortsumgehung nicht abgeschlossen ist. Wie im vorigen Jahr, so vermissen wir auch in diesem Jahr eine Aussage wie es in den nächsten Jahren mit dem restlichen Teil des Ringes weitergehen soll.

Im Oktober hat der Rat das Einzelhandelskonzept verabschiedet. Es handelt sich hierbei um eine Fortschreibung der 10 Jahre alten Vorlage. Wichtig ist, dass durch dieses Konzept eine Verödung der Innenstadt verhindert wird, wir begrüßen besonders die von der CDU-Fraktion festgeschriebene Standortsicherheit der bisherigen Märkte im Löverick, in Stenern und in der Giethorst für die Nahversorgung. Es ist allerdings darauf zu achten, dass neben der örtlichen Sicherung auch die wirtschaftliche Sicherheit ermöglicht wird.

In Ihrer Rede zur Einbringung des Haushaltes haben Sie, Herr Bürgermeister, die Hoffnung geäußert, dass mit dem angekündigten Bürokratieabbau auf allen Ebenen endlich ernst gemacht wird. Diesen Satz kann ich nur unterstreichen, weise aber darauf hin, dass Sie als Chef der Verwaltung einen Beitrag leisten müssen. Hierzu passt allerdings nicht der SPD-Antrag aus Oktober 2005, die Vergaberichtlinien zu verändern, im Gegenteil, dieser Antrag ist kontraproduktiv und bedeutet Bürokratieaufbau.

Alle Vergaben ab 50.000 bis 250.000 € sollten wieder in den Haupt- und Finanzausschuss gegeben werden. Die CDU versteht diesen Antrag der SPD als Misstrauen gegenüber dem Bürgermeister. Unverständlich ist allerdings, dass der Verwaltungsvorstand einstimmig beschließt, der Stadtverordnetenversammlung die Ablehnung dieses Antrages zu empfehlen, aber der Bürgermeister schweigt und stimmt dem SPD-Antrag zu.

Lt. Gemeindeordnung ist der Bürgermeister der Vorsitzende des Rates und Chef der Verwaltung. Wir erwarten, dass der Bürgermeister die Verwaltung führt, Entscheidungen trifft und der Verwaltung Orientierung gibt. Es ist Aufgabe des Bürgermeisters der Politik Vorschläge zu unterbreiten, und für diese Vorschläge um Mehrheiten im Rat zu werben. Allein aus Gründen der Mathematik ist ein Gespräch mit der CDU-Fraktion sinnvoll, denn mit den 22 Stimmen der CDU und der Stimme des Bürgermeisters ist jeder vernünftige Vorschlag mehrheitsfähig.

Die CDU hat den Eindruck, dass die Zusammenarbeit im Verwaltungsvorstand im letzten Jahr nicht gelungen ist, gemeinsam getroffene Entscheidungen wurden unterschiedlich interpretiert und ausgeführt.

Bundespräsident Köhler hat beim Papstbesuch zum Weltjugendtag in Köln hierzu einen interessanten Satz gesagt, er hat erklärt, dass es wichtig ist, den Menschen Orientierung zu geben, das können aber nur Orientierte.

Deshalb fordern wir Sie, Herr Bürgermeister auf, geben sie den Mitarbeitern der Verwaltung und den Bürgern Orientierung.

**Die Verwaltung hat die Aufgabe, Dienstleistungen transparent und im Sinne eines modernen, bürgerorientierten Dienstleistungsbetriebes zu erbringen.
Eine funktionierende Verwaltung ist mit einem Getriebe vergleichbar, nur durch ein Ineinandergreifen aller Zahnräder ist ein Getriebe arbeitsfähig.**

Wenn im Getriebe ein Zahnrad ausfällt, sei es durch einen Konstruktions- Material- oder Fertigungsfehler, ist das ganze Getriebe funktionsuntüchtig, die anzutreibende Maschine steht, ebenso ist es, wenn Sand im Getriebe ist.

Es ist Aufgabe des Rates, die Verwaltung zu kontrollieren und der Fraktionsvorsitzende der CDU hat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, Kritik zu üben wenn Weichen falsch oder nicht gestellt werden. Wenn die SPD sachgerechte Kritik am Bürgermeister als Mobbing dargestellt, dann zeugt das nicht gerade von Selbstbewusstsein.

Meine Damen und Herren, sie sollten sich vielleicht an die verbalen Attacken auf Bürgermeister Ehling erinnern, hier ist mit Vorwürfen und Unterstellungen gearbeitet worden, aus einer Liga, in der ich nicht spiele.

Völlig unverständlich sind auch die Äußerungen des SPD-Vorsitzenden, er hat in einer Parteiveranstaltung vor 3 Wochen beanstandet, und den Grünen vorgeworfen, dass man es bisher noch nicht geschafft hat der CDU eine Abstimmungsniederlage beizubringen. Es ist unglaublich, dass die SPD Anträge stellen will, um der CDU eine Niederlage beizubringen, Sachpolitik sieht anders aus. Was für den Bürgermeister gilt, gilt auch für Sie, meine Damen und Herren der SPD-Fraktion, machen Sie vernünftige Vorschläge, dann brauchen sie nicht auf eine Niederlage der CDU zu spekulieren, die Zustimmung ist Ihnen dann sicher.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, nach wie vor gibt es einen gültigen Ratsbeschluss am Standort Dingdener Straße, die neue Feuerwache zu bauen. Die Feuerwehr hat ein Recht darauf zu erfahren, wie es in den nächsten Jahren weiter gehen soll, der jetzige Zustand ist nicht noch weitere Jahre zu akzeptieren.

Die CDU-Fraktion hat ebenfalls ein Recht darauf, dass Anfragen und Anträge beantwortet werden. Am 31.5.2005 hat die CDU-Fraktion einen Antrag gestellt zu prüfen, ob durch Veräußerung von Vermögenswerten oder durch PPP-Projekte eine Finanzierung möglich ist.

Die Verwaltung hat in der Ratssitzung am 29.6.2005 mitgeteilt, dass voraussichtlich im Herbst 2005 ein Ergebnis vorliegt und die Politik informiert wird. Ich stelle fest, dass der Herbst 2005 seit einigen Monaten vorbei ist, aber eine Antwort, oder wenigstens ein Zwischenergebnis bis heute nicht vorliegt.

Es ist nicht zu verantworten in den nächsten Jahren erhebliche Mittel in das jetzige Gebäude zu investieren und es dann abzureißen.

Ein Wort zur Arbeit des Rechnungsprüfungsamtes.

Die Gemeindeordnung beschreibt eindeutig die Aufgaben und die Stellung des Rechnungsprüfungsamtes, die CDU-Fraktion unterstützt nachdrücklich die Arbeit dieses Amtes zur Unterstützung des Rates.

Herr Hoven, als neuer Leiter des Rechnungsprüfungsamtes erhält die volle Unterstützung der CDU.

In der Juni - Ratssitzung habe ich zur Ortsumgehung erklärt, dass ein gewisses Spannungsverhältnis der Fachbereiche mit dem Rechnungsprüfungsamt in der Natur der Sache liegt, aber persönliche Animositäten hier keinen Platz haben.

Ich will hier auch auf die Prüfung durch das Gemeindeprüfungsamt eingehen. Geprüft wurden die Jahren 2001 – 2004. Im interkommunalen Vergleich wurde die Stadt Bocholt überwiegend mit gut bewertet und hat insgesamt eine gute Bewertung erhalten.

Gestatten sie mir den Hinweis, dass der mit gut bewertete Zeitraum die Jahre mit absoluter CDU- Mehrheit waren.

Die Prüfer haben in einigen Bereichen vorgeschlagen, dass Veränderungen zu Gunsten des städtischen Haushaltes erfolgen können, z. B. in den Bereichen des Gebührenhaushaltes. Die Abschreibung sollte umgestellt werden auf Wiederbeschaffungswerte, im Grunde der betriebswirtschaftlich richtige Ansatz. Wir müssen dann allerdings auch andere Stellschrauben bedienen, damit durch Veränderung der Abschreibungsmethode keine Gebührenerhöhung erfolgen muss.

Eine weitere Forderung des GPA ist die Erhöhung der Energiepreise zu Gunsten des städtischen Haushaltes.

Um es klar zu sagen, wir lehnen eine Gebührenerhöhung aus diesen Gründen ab.

Aufgrund des stark gestiegenen Ölpreises war es nicht zu verhindern, dass die Energiepreise auch in Bocholt mehrmals angehoben wurden. Wir alle sind verärgert über diese exorbitanten Preiserhöhungen, aber die Stadtwerke hat nicht einmal den vollen Mehrpreise für die erhöhten Bezugskosten an ihre Kunden weiter gegeben. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass wir in Bocholt das Rad der Globalisierung weder vor noch zurück drehen können und auch keinen Einfluss auf die Preispolitik der Oligopolisten haben.

In diesem Zusammenhang seitens der Stadtpartei eine Gewinnabführung von der Stadtparkasse an die Stadt zu verlangen und damit die Gaspreise der Stadtwerke zu subventionieren, passt vielleicht in die Karnevalszeit. Für eine sachbezogene Diskussion ist dieser Vorschlag völlig ungeeignet.

Das GPA hat den Verkauf der BWG als Vorbildfunktion für andere Kommunen bewertet, dieser Bericht dürfte auch der Stadtpartei bekannt sein.

Zu diesen Märchen gehört auch die immer wiederholte Aussage, dass der Erlös aus dem BWG Verkauf nicht komplett für die Schuldenreduzierung verwandt wurde.

Es ist unsinnig, für beschlossene Investitionen Kredite aufzunehmen und für die vorzeitige Rückzahlung von Krediten Vorfälligkeitszinsen zu zahlen. In der heutigen Vorlage sind die Gesamtschulden mit und ohne BWG-Verkaufserlös erläutert.

Die CDU kann gut damit leben, wenn die Reduzierung der Schulden als Machtmissbrauch bezeichnet wird.

Wir haben im letzten Jahr viele Diskussionen geführt über die Zukunft von Stadtmarketing. Die CDU hat sich hier sehr frühzeitig positioniert und gefordert, dass die Aufgaben von Stadtmarketing klar festgelegt werden. Es ist richtig, dass ein Budget zur Verfügung gestellt wird, damit auch die wirtschaftliche Basis für Stadtmarketing langfristig gesichert bleibt.

Stadtmarketing ist, und muss auch in Zukunft, ein wichtiges Instrument für den regionalen Städtewettbewerb sein. Es ist bekannt, dass unsere Nachbarstädte verstärkt in Marketing-Aktivitäten investieren. Ein erster Hinweis ist der Rückgang der Zentralitätskennziffer im Einzelhandel.

Ich sage hier nochmals deutlich, dass es nicht ausreichend ist, immer wieder Stadtmarketing und Herrn Dieckhues zu loben, aber zur Erfüllung der Aufgaben nicht die erforderlichen finanziellen Mittel bereit zu stellen.

Die CDU-Fraktion begrüßt es deshalb, dass nunmehr diese Forderung erfüllt ist und im Haushalt 2006 ein Betrag von 400.000 € eingeplant ist.

Stadtmarketing hat dazu beigetragen unsere Infrastruktur auszubauen. Wenn auch der Einfluss der weichen Standortfaktoren nicht messbar ist, so würden wir sehr schnell feststellen was in Bocholt fehlt, wenn es Stadtmarketing nicht gäbe.

Zum Bekanntheitsgrad trägt auch unsere Internetseite bei, die Seite Bocholt.de findet eine sehr hohe Resonanz und Anerkennung.

Bocholt ist eine Stadt mit hoher Wohnqualität und hoher Lebensqualität, unsere Stadt zeichnet sich aus durch kurze Wege sowohl als Einkaufsstadt als auch zur Erreichung des Arbeitsplatzes.

Zur Lebensqualität gehört auch das Gefühl der Sicherheit. Wie können nicht die Augen verschließen vor den Problemen in unserer Stadt, die Stadtwacht in Zusammenarbeit mit der Polizei leistet einen erheblichen Anteil zur inneren Sicherheit.

Einen wesentlichen Beitrag für die Lebensqualität in unserer Stadt leisten alle ehrenamtlich Tätigen. Wir können die ehrenamtliche Tätigkeit unser Bürger nicht hoch genug bewerten, gibt es doch hierzu keine Alternative. Auch in Zukunft müssen wir die Strukturen unserer sozialen, kirchlichen, kulturellen und sportlichen Einrichtungen, sowie das Vereinsleben erhalten und fördern.

Vielleicht gelingt es, dass in unserer Gesellschaft zukünftig bei Beurteilungen und Bewerbungen das Ehrenamt als Qualifikation gilt, denn die Übernahme von ehrenamtlichen Aufgaben zeugt von persönlicher Kompetenz.

In unserer Gesellschaft wächst die Zahl der älteren Menschen ständig, es ist deshalb notwendig, mehr als in den vergangenen Jahren über neue Wohnformen nachzudenken. Im künftigen Stadtentwicklungskonzept ist mehr als in der Vergangenheit auf die Bedürfnisse unserer Senioren einzugehen.

Unsere Senioren können noch viel zum sozialen Leben in unserer Stadt beitragen.

Um die Arbeit des Seniorenbeirates zu unterstützen, hat die CDU-Fraktion einen Antrag gestellt eine Satzung zu erlassen.

Mit Verabschiedung einer Satzung geben wir dem Seniorenbeirat eine bessere Grundlage, die Interessen der älteren Bürger unserer Stadt zu vertreten.

Mehr als 1/3 der Bocholter Bevölkerung ist Mitglied in einem Sportverein.

Um für Bocholt einen Sportentwicklungsplan zu erstellen, ist umfangreiches Datenmaterial von der Sporthochschule Köln erstellt worden.

Dieser Bericht zeigt, dass ein großer Teil der Kinder und Jugendlichen Sport treiben und Mitglieder im Sportverein sind. Die Nachfrage nach sportlicher Betätigung für unsere Senioren nimmt ebenfalls ständig zu.

Die Bevölkerung verändert sich, der Sport verändert sich, es ist erforderlich innovative und moderne Strukturen zu schaffen, und damit aktiv auf neue Bedarfe eingehen zu können

Zusammen mit dem Team von Prof. Rittner erarbeitet die Lenkungs- und Steuerungsgruppe Sport Richtlinien und Ziele für die zukünftige Sportentwicklung in Bocholt.

Wir gehen davon aus, dass das Konzept bis Ende dieses Jahres vorgestellt werden kann.

Erfreulich ist, dass in Biemenhorst in diesem Jahr ein weiterer Sportplatz fertig gestellt wird, damit ist vor allem für den Jugendbereich ein ordnungsgemäßer Sportbetrieb möglich.

Wir wissen, dass der Sportplatz in Stenern in den Herbst- und Wintermonaten kaum bespielbar ist. Die CDU hat bereits im letzten Jahr mehrere Gespräche mit dem Verein DJK Stenern und der Sportverwaltung geführt. Die CDU hat die Verwaltung aufgefordert, gemeinsam mit dem Verein eine Lösung zur Verlagerung an den Hünting zu entwickeln.

Der städtische Anteil muss in den nächsten Jahren aus der Sportpauschale finanziert werden. Erfreulich bleibt festzustellen, dass das Land die Sportpauschale für die Stadt Bocholt auf annähernd 200.000 € erhöht hat

Ich möchte eingehen auf den Empfang anlässlich des Sportfrühschoppens am 15. Januar. Sie, Herr Bürgermeister, haben in Ihrer Rede den Vertretern der Sportvereine deutlich gesagt, dass kein Spielraum vorhanden ist für weitere finanzielle Zuwendungen. Für Übungsleitertätigkeit und Bewirtschaftungskosten ist der reduzierte Betrag aus 2005 ebenfalls in diesem Jahr im Haushalt enthalten.

Sie haben erklärt, dass die erhöhten Energiekosten die Vereine enorm belasten, aber die Vereine mit diesen Mehrkosten leben müssen. Zukünftig muss unser Bemühen die Substanzerhaltung zum Ziel haben.

Wir alle wissen, wie schwer es für die Vereine ist, diese Mehrkosten zu verkraften, aber auch aus Solidarität mit anderen Bereichen gibt es keinen anderen Weg.

Ihre Aussage beim Sportfrühschoppen, und das sage ich auch in meiner Eigenschaft als Sportausschussvorsitzender, findet meine volle Unterstützung.

Auch in Zeiten knapper Kassen muss sichergestellt werden, dass unsere Sportvereine mit einer angemessenen Förderung rechnen können. Die Leistung der Vereine für unsere Gesellschaft und für die Jugend ist durch nichts zu ersetzen, hier wird Sozialarbeit geleistet ohne Sozialarbeiter.

Der Sport ist die größte Jugendbewegung in Bocholt. Wir können es uns nicht erlauben, dass infolge fehlender Förderung im Sport die Nachsorge im Jugendbereich ein Mehrfaches der eingesparten Mittel aufzehrt. Die Förderung für die Jugend muss dort erfolgen, wo auch die Jugend ist.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,
es ist ein besonderes Anliegen der CDU Familien zu fördern, die Vereinbarkeit von Beruf und Erziehung ist kein Gegensatz.

Ich verweise auch auf die Unterstützungen für Familien, der Familienpass ermäßigt für Alleinerziehende und für Familien mit 3 und mehr Kindern alle von der Stadt zu beeinflussenden Eintrittspreise und Gebühren um 50 %. Ebenfalls gewährt die Stadt eine großzügige Regelung für Familien bei den Gebühren für die Musikschule. Alles Regelungen, die auf Initiative der CDU beschlossen wurden.

Zur Familienförderung gehört ebenfalls ein dem Bedarf angepasstes Betreuungsangebot für die unter 3-jährigen Kinder.

Die Weiterentwicklung der Kindertagesstätten zu Familienzentren ist eines der Zukunftsprojekte für die nächsten Jahre. Wir begrüßen es, dass Sie sich, Herr Bürgermeister, im Rahmen ihrer Neujahrsansprache positiv über die in Bocholt angestrebte Umsetzung dieser Initiative der Landesregierung geäußert haben.

Im Jugendhilfeausschuss sind die entsprechenden Konzepte vorzustellen. So leisten wir einen konsequenten Beitrag für den Erhalt und den Ausbau des familienfreundlichen Bocholts. Wir sind überzeugt, dass sich durch die Einführung der Familienzentren dauerhaft Synergieeffekte erzielen lassen und die Zusammenarbeit zwischen Kindergärten, Schulen und Jugendhilfeträgern dauerhaft gestärkt wird. Es muss uns in den nächsten Jahren gelingen, die Einrichtungen dem Bedarf anzupassen.

Wir sollten uns allerdings folgende Zusammenhänge bewusst machen:
Mehr Arbeitsplätze sind die beste und leistungsfähigste Familienpolitik. Jeder zusätzliche Arbeitsplatz im Rahmen einer verbesserten Konjunktur verschafft den Familien mehr finanziellen Spielraum.

Die offene Ganztagschule in ihrer jetzigen Gestaltung wird dazu beitragen, dass neben dem bisherigen Betreuungsangebot die Eltern eine weitere Wahlmöglichkeit haben. In der Diskussion um die offene Ganztagschule ist die Verknüpfung von Jugendhilfe und Schule nicht ausreichend erfolgt, dieses ist aus Sicht der Jugendhilfe ein noch offenes Thema.

Aufgrund der Bevölkerungsentwicklung werden wir uns in Zukunft intensiver mit Schülerzahlen, getrennt nach Grund- Haupt- und Realschule und den Gymnasien beschäftigen müssen. Wir müssen alle Möglichkeiten ausschöpfen, dass vor allem unsere Grundschüler wohnungsnahe Schulen besuchen können. Es ist ebenfalls erforderlich über Lenkungsmöglichkeiten nachzudenken, damit nicht Schulgebäude leer stehen und andere Schulen unter Raumnot leiden.

In diesem Zusammenhang erwähne ich ausdrücklich die Annette von Droste Hülshoff-Schule. Ich habe bereits der Schulkonferenz der Schule mitgeteilt, dass wir nach Prüfung aller Schülerzahlen für die Grundschulen in ganz Bocholt eine Entscheidung über den Ausbau dieser Schule als 3-zügige Schule treffen werden. Diese Vorgehensweise nenne ich verantwortungsvolle Politik.

Nach Prüfung der jetzt vorgelegten Schülerentwicklungszahlen für ganz Bocholt haben wir uns entschieden dem Ausbau auf 3-Zügigkeit zuzustimmen. Wir fordern die Verwaltung auf, künftige Entwicklungen rechtzeitig zur Entscheidung vorzulegen, dass bedeutet bei Einschulung einer zusätzlichen 1. Klasse, wir hätten uns dann die Zwischenlösung mit Containern ersparen können..

An dieser Stelle sage ich auch dem künftigen Leiter des Fachbereichs Schule, Bildung und Kultur, Herrn Methling, die Unterstützung durch die CDU-Fraktion zu. Gleichzeitig bedanke ich mich bei Herrn Ketteler für die geleistete Arbeit in diesem Bereich.

Die CDU-Fraktion fordert für das nächste Jahr eine erneute Jugendbefragung, die als Grundlage der Jugendpolitik der Stadt für die nächsten 10 Jahre dienen kann. Im Sinne der Kinder und Jugendlichen ist es erforderlich, dass für künftige Entscheidungen verlässliche Daten als Basis vorliegen. Die Ergebnisse der letzten Befragung haben wichtige Orientierungsdaten für politisches Handeln gegeben, sei es im Bereich der Schaffung von Streetballplätzen, sei es im Jugendschutz, im Freizeitangebot und bei der Neukonzeption der offenen Kinder- und Jugendarbeit.

Wir erwarten von der neuen Studie entsprechende Erkenntnisse, die auch den gesellschaftlichen Wandel der vergangenen 10 Jahre widerspiegeln. Gerade die Ereignisse beim Rosenmontagszug, aber auch die Geschehnisse am 1. Mai verlangen, dass das Thema Alkoholmissbrauch bei Jugendlichen stärker in den Fokus genommen wird. Von daher begrüßen wir es, dass der Jugendhilfeausschuss sich dieser Problematik annimmt.

Wesentlicher Bestandteil der Jugendpolitik sind auch die stadtteilbezogenen Kinder- und Jugendkonferenzen. Wir erwarten hier einen Vorschlag der Verwaltung, wann und wo diese Konferenzen stattfinden, gleichzeitig regen wir an, dass die Schulen in dieses Konzept eingebunden werden.

Stadtteilbezogene Kinder- und Jugendkonferenzen, die Durchführung einer Jugendbefragung und die Integration junger Menschen in die Fraktion sind die richtigen Schritte, junge Menschen an der Politik zu beteiligen und deren Interessen wirksam zu vertreten. Für diesen Weg hat der Vorsitzende der Bocholter SPD die CDU bereits gelobt, er sollte auch noch den nächsten Schritt wagen und sich von den immer wiederkehrenden Anträgen für ein Jugendparlament verabschieden.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,
es ist ärgerlich, wenn Vorleistungen für Investitionen in Industrie- und Gewerbegebiete nur unwesentlich zur Verbesserung der Finanzsituation der Stadt beitragen. Im Rahmen des Finanzausgleichs führen Mehreinnahmen zu Reduzierungen der Schlüsselzuweisungen.

Die Frage, ob sich dann Anstrengungen und die Entwicklung von Industrie- und Gewerbegebiet noch lohnen, will ich mit einem klaren Ja beantworten. Wir können diese Investitionen nicht ausschließlich nach fiskalischen Gesichtspunkten bewerten, wir schaffen Voraussetzungen dafür, dass die Bürger unserer Stadt Arbeitsplätze in Wohnortnähe finden. Bocholt ist keine typische Stadt der Dienstleistungen, unsere Bürger erzielen ihr Einkommen überwiegend in Handwerk und Industrie, Geld, das dann im Einzelhandel ausgegeben werden kann.

Aus diesen Gründen fordert die CDU-Fraktion auch in den kommenden Jahren eine gezielte Wirtschaftsförderung, es ist erforderlich den Industriepark in südlicher Richtung zu erweitern, da im I-Park nur noch wenige freie Flächen zur Verfügung stehen.

Ein Angebot von preisgünstigen Gewerbe- und Industrieflächen bedeutet aktive Wirtschaftsförderung.

Die Stadt leistet damit auch einen Beitrag zur Verringerung der Arbeitslosigkeit und zur Kaufkraftsteigerung in unserer Region.

Erfreulich ist die Entwicklung von Innocent, dem Existenzgründerzentrum im Technologiepark. Es konnten weitere Gesellschafter gewonnen werden, und mit Unterstützung der Stadt und des Kreises wird das Gebäude erweitert. Jungen Unternehmern wird die Möglichkeit der Existenzgründung gegeben, in Nachbarschaft und Zusammenarbeit mit der Fachhochschule.

Die Arbeitslosigkeit, vor allem die Jugendarbeitslosigkeit, ist das größte Problem der Gegenwart und Herausforderung zugleich. Wir fordern alle Verantwortlichen in den Unternehmen auf, geben sie den jungen Menschen eine Perspektive, investieren sie in die Ausbildung und damit in die Zukunft ihrer Unternehmen.

Erfreulich ist, dass es gelungen ist mit dem Bau des Justizzentrums die Justiz in Bocholt zu halten und auszubauen, damit werden Arbeitsplätze in unserer Stadt erhalten und geschaffen.

Wir begrüßen, dass der Kreis das Berufskolleg am Wasserturm erweitert, insgesamt werden 1,2 Mio € investiert. Hier entstehen zusätzliche Klassenräume für die Ausbildung junger Menschen. An dieser Maßnahme können wir erkennen, wie wichtig eine Zusammenarbeit zwischen dem Kreis und der Stadt ist. Wir nehmen dies zum

Anlass die Verwaltung aufzufordern, alle Kreisaufgaben aufzulisten und dem Rat vorzulegen, die seitens der Stadt noch in Eigenverantwortung geleistet werden.

Ein Wort noch zur Tätigkeit der Stadtverordneten in städtischen Gesellschaften. Aufsichtsratsstätigkeit heißt für mich Verantwortung zu übernehmen für das Schicksal des Unternehmens. Hierzu gehört, den Vorstand oder die Geschäftsführung bei der Leitung des Unternehmens zu beraten und zu überwachen. Bei der Ausübung dieser Tätigkeit ist das Aufsichtsratsmitglied keinerlei Weisungen unterworfen.

Es ist aber verantwortungslos, wenn Aufsichtsratsmitglieder und Stadtverordnete die Gesellschaft öffentlich beschädigen, die sie beaufsichtigen.

Die Vorlage für den Eckwertebeschluss für die Ratssitzung im September verweist auf ein strukturelles Defizit von 2 Mio €, der Haushaltsplan 2006 benötigt bereits eine Rücklagenentnahme von 4,6 Mio €, also eine Steigerung von 2,6 Mio € in wenigen Wochen.

Der Rat hat im Jahr 2003 beschlossen, dass die Neuverschuldung in der Weise begrenzt wird, dass der zum 31.12.2006 prognostizierte Schuldenstand von rd. 45 Mio € nicht überschritten wird. Diese Schuldenprognose ist in den folgenden Jahren immer wieder vom Rat bestätigt worden, zuletzt in der September Ratssitzung über den Eckwertebeschluss.

Der Haushaltsentwurf 2006 ignoriert den Ratsbeschluss von September, da die Schuldenprognose nicht wie beschlossen, Grundlage für den Investitionshaushalt ist. Ich erinnere daran, dass wir die Schuldenbegrenzung beschlossen haben, damit wir und auch nachfolgende Generationen in Zukunft nicht unter der Last der Zinsen und Tilgungsleistungen handlungsunfähig werden.

Im Haushaltsplan für 2006 hat die Verwaltung als 1. strategisches Ziel die Erhaltung und Sicherung des finanziellen Spielraumes und die Haushaltskonsolidierung vorgegeben. Dieses Ziel unterstützen wir nachhaltig, aber der Haushaltsentwurf verschiebt die Zielerreichung immer mehr in Zukunft.

Die CDU-Fraktion hat bereits bei den Haushaltsberatungen im letzten Jahr beanstandet, dass es nicht ausreicht Ziele zu formulieren, es muss auch ein entsprechendes Handlungsprogramm erstellt werden, um diese Ziele zu erreichen.

Zur Finanzierung des Mehrbedarfs für die Ortsumgehung haben wir in der Ratssitzung am 29.6.2005 eine emotionsgeladene Debatte geführt. Im abschließenden Ratsbeschluss heißt es unter Punkt 3, ich zitiere:

„Die Auswirkungen dieser Kosten haben auf die Schuldenprognose keine Auswirkung, da die Mehrkosten im Budget des Baudezernates aufgefangen werden“,

Ende des Zitats.

Wenn es nur wichtig ist, dass Ende 2009 die Schuldenprognose von 44 Mio € eingehalten wird, hätten wir uns die ganze Finanzierungsdiskussion sparen können, der Beschluss hätte lauten können:“ Der Mehrbedarf ist ärgerlich, entscheidend aber ist, dass zum

Ende des Planungszeitraumes im Jahre 2009 oder 2010 oder 2015 usw. die Schuldengrenze von 44 Mio € erreicht wird.

Es ist schon ein seltsamer Vorgang, wenn der Bürgermeister und die SPD-Fraktion durch ihren Vorsitzenden öffentlich erklären, dass das was man beschlossen hat ja so nicht gemeint war.

Richtig ist, dass wir anhand von Zwischenergebnissen in den einzelnen Jahren überprüfen, ob die Zielerreichung gefährdet ist oder nicht.

In diesem Zusammenhang ein Vergleich aus dem Sport. Wenn ich die 10.000 m in 30 Minuten laufen will, dann ist es erforderlich nach 5.000 Metern eine Zwischenzeit von ca. 15 Minuten zu erreichen. Sollte die Zwischenzeit bei 5.000 Metern bereits 18 bis 20 Minuten betragen, ist es nicht mehr möglich nach 10.000 Metern innerhalb von 30 Minuten ins Ziel zu kommen..

Ist es Mobbing, wenn der Fraktionsvorsitzende der CDU beanstandet, dass der Bürgermeister in seiner Haushaltsrede mit keinem Wort auf die Anhebung des Schuldendeckels hinweist?

Ist es eine bössartige Unterstellung, wenn der Fraktionsvorsitzende der CDU den Bürgermeister auffordert, sich an Ratsbeschlüsse zu halten und diese umzusetzen?

Ist es „unterste Schublade“, wenn 1 Woche nach Einbringung des Haushaltes plötzlich ein Bedarf für die 3-Zügigkeit der Annette von Droste Hülshoff Schule angemeldet wird, der Fraktionsvorsitzende der CDU dann nachfragt, ob mit weiteren Ausgaben zu rechnen ist, die in der Finanzplanung nicht enthalten sind?

Ich denke, die CDU-Fraktion hat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht darauf zu achten, dass nicht Maßnahmen in die unterste Schublade gekehrt werden, in der Hoffnung, dass diese Schublade vorerst nicht geöffnet wird. Sie kennen doch die schönen Worte Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit.

Der Haushalt 2005 hatte nach Verabschiedung durch den Rat ein Verfalldatum von 8 Wochen, das Verfalldatum für den Haushaltsentwurf 2006 ist bereits 1 Woche nach Einbringung abgelaufen.

Wenn für Investitionen und Instandhaltung nicht ausreichend Gelder vorhanden sind, bedeutet das nicht nur Substanzverlust, sondern es trifft auch das Handwerk und den Mittelstand, also unsere Gewerbesteuerzahler.

Es ist zwingend erforderlich, dass wir unsere Ausgaben den Einnahmen anpassen und nicht umgekehrt, also nicht die Einnahmeseite durch Ausweitung der Kredite vergrößern. Wir müssen in den nächsten Jahren wieder eine Investitionsrate erwirtschaften.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, auch die Stadt Bocholt wird zukünftig mit NKF die doppische Buchführung einführen, dann wird vieles transparenter und der Werteverzehr erfasst. Damit kein Missverständnis aufkommt, auch unter NKF bleiben uns die Schulden erhalten, zusätzlich müssen für Abschreibungen und Rückstellungen für Beamtenpensionen Mittel erwirtschaftet werden.

In der Haushaltskommission zum Controlling Bericht per September 2005 hat der Kämmerer bereits ein Defizit unter NKF-Bedingungen von 11,8 Mio € für das Jahr 2009 und 2010 angedeutet.

Da der Kreis mit der Einführung von NKF die gleichen Probleme haben wird, fordern wir den Kämmerer auf, mit dem Kreis Gespräche zu führen damit diese Mehraufwendungen nicht zu einer Erhöhung der Kreisumlage führen werden.

Ich wiederhole hier die Forderungen der CDU aus den Haushaltsberatungen des letzten Jahres, nämlich ein wirksames Controlling einzuführen und damit präventiv tätig zu werden. Ein Controllingverfahren, wie es in mittleren und größeren Betrieben üblich ist, dient der Verwaltungsführung zur Steuerungsunterstützung.

Die CDU hat im Rahmen des Eckwertebeschlusses den Antrag gestellt, einen Finanzplan bis zum Jahr 2010 zu erstellen, diesen Antrag haben wir ergänzt mit der Forderung alle bekannten Maßnahmen auch über den Planungszeitraum des Haushaltsentwurfs hinaus in die Finanzplanung aufzunehmen. Die Diskussion um die Schuldenprognose zeigt deutlich, wie richtig dieser Antrag ist.

Inzwischen liegt uns auch eine Stellungnahme des Fachbereichs zu den Kosten für die Sanierung der Deponie vor. Ab dem Jahr 2009 bis zum Jahr 2012 sind 10 Mio € aus dem allgemeinen Haushalt zu finanzieren. Eine erste Kostenschätzung für die Sanierung des Euregio Gymnasiums liegt ebenfalls vor, die Kosten werden auf 4,6 Mio € geschätzt. Für den Neubau der Feuerwehr und die Gestaltung des Benölkenplatzes sind weitere ca. 10 Mio € erforderlich.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, wir wissen, dass wir für diese Probleme heute keine Lösungsvorschläge präsentieren können, aber es macht auch keinen Sinn, die Augen zu verschließen, die Lösung der Probleme in die Zukunft zu schieben. Unsere Nachfolger und die nachfolgende Generationen haben ein Recht darauf, dass wir kein Finanzdesaster hinterlassen. In den Medien wurde in der letzten Woche berichtet, dass der starke Anstieg der Gewerbesteuer die Kommunen rettet. Die Steigerung ist sicherlich sehr erfreulich, löst aber unser Problem nicht.

Die dramatische wirtschaftliche Lage zwingt uns zu Konsequenzen für unser politisches Handeln und für zukünftige Beschlüsse.

Ich zitiere hier Albert Schweitzer, er sagte: "Wagen wir, die Dinge zu sehen wie sie sind".

Die CDU-Fraktion wird konstruktiv daran mitarbeiten, dass das derzeitige Finanzchaos beendet wird, der Kämmerer hat eine schwierige Aufgabe übernommen, wir werden ihn bei der Lösung dieser Probleme unterstützen. Wir erwarten hier Vorschläge der Verwaltung bis zu den Sommerferien und nehmen hier insbesondere den Bürgermeister in die Pflicht.

Aufgrund der Bedeutung für die Zukunft der Stadt und unserer Bürger wird sich die CDU-Fraktion nach den Ferien ausschließlich mit dem Thema Finanzen in einer ganztägigen Klausurtagung befassen, ich habe den Kämmerer zu dieser Klausur bereits eingeladen

Wir sind uns darüber im Klaren, dass die Lösung der Zukunftsaufgaben nicht immer im Konsens erfolgen kann, aber wir bieten eine offene Diskussion an um die beste Lösung, Konflikte werden wir austragen, als ein Aufeinandertreffen von Ideen, dabei ist es unwichtig, wer der Ideengeber ist.

In den Haushaltsberatungen im Hauptausschuss sind die Anträge der Fraktionen beraten und diskutiert worden. Auffallend ist hier der Beitrag der Stadtpartei, vermutlich ein Beitrag zum Bürokratieabbau, nämlich kein Antrag, keine Anfrage.

Für die CDU-Fraktion halte ich fest, dass seitens der Verwaltung ein Haushalt vorgelegt wurde der gegen Ratsbeschlüsse verstößt. Unverständlich ist, dass die SPD angekündigt hat, trotz dieser Tatsache den ursprünglichen Haushalt zu verabschieden. Wir erinnern uns gut daran, dass mit Ausnahme der letzten 2 Jahre der Haushalt wegen einiger Tausend € von der SPD abgelehnt wurde, aber 2 Mio € heute keine Rolle mehr spielen. Verantwortliche Politik sieht anders aus.

Mit der Vorlage zur heutigen Ratssitzung hat auch die Verwaltung eingeräumt, dass der ursprünglich vorgelegte Haushaltsplan gegen Ratsbeschlüsse verstößt, denn es heißt unter Punkt III. Investitionsprogramm: „Mit den nunmehr vorgelegten Änderungen des Investitionsprogramms wird die von der Stadtverordnetenversammlung beschlossene Vorgabe zur Konsolidierung der städt. Finanzen (Schuldenprognose) für die Jahre 2006 bis 2009 erreicht“.

Eine interessante Aussage nach all den öffentlich geäußerten Vorwürfen gegen die CDU-Fraktion.

Die Verwaltung hat aufgrund der Ankündigung der CDU den Haushalt abzulehnen diesen Haushaltsplan nachgebessert. Durch diese Veränderungen entspricht der jetzt vorliegende Plan formell dem Ratsbeschluss für die Schuldenbegrenzung. Die CDU-Fraktion wird dem geänderten Haushalt zustimmen.

Für die CDU-Fraktion möchte ich allen Mitarbeitern der Verwaltung Dank aussprechen für die geleistete Arbeit, ich bitte Sie, Herr Bürgermeister, diesen Dank weiter zu geben.